

# Auch Freisinger CSU demonstriert vor Staatskanzlei

## Fraktionssprecher Helmut Kratzer ruft zum Protest gegen die geplante dritte Startbahn am Flughafen auf

**Freising** ■ „Emotionale Mobilisierung und fachliche Untermauerung“: Mit dieser Doppelstrategie hofft die CSU-Stadtratsfraktion, im Kampf gegen eine dritte Start- und Landebahn am Münchner Flughafen erfolgreich zu sein. Helmut Kratzer hielt „Demonstrationen für wichtig und notwendig“ und sagte die Teilnahme seiner Partei bei der Kundgebung am 12. Mai vor der Staatskanzlei zu. Man sollte allerdings auch vor

dem Münchner Rathaus seinen Unmut zum Ausdruck bringen. Dann wäre der Protest auch ausgewogen, denn nicht nur der Freistaat, sondern auch die Landeshauptstadt sei schließlich Gesellschafter der Flughafen München GmbH, erinnerte Kratzer.

Genauso wichtig wie Demonstrationen sei jedoch auch eine juristische Auseinandersetzung – und dabei gelte es, frühere Fehler zu vermeiden: Im Zuge der einstigen Standort-Entschei-

dung habe es die Stadt „gereut“, Geld für Gutachter auszugeben: „Wir benötigen aber profunde Juristen und Fachleute“, betonte Kratzer.

Den Kampf gegen die Expansion des Airports und auch gegen die Marzlinger Spange hatte er als „das wichtigste Thema“ für seine Fraktion bezeichnet und rechtliche wie politische Mittel befürwortet. Für eine dritte Bahn bestehe keine Notwendigkeit, da erst 50 Prozent

der möglichen Kapazität – 30 Millionen Passagiere jährlich – ausgereizt seien.

„Wie viel Flughafen vertragen wir und unser Umland?“, so müsse die zentrale Frage heißen, „denn nicht alles, was machbar ist, ist auch zumutbar“, sagte Helmut Kratzer. Er verlangte, dass die Defizite des Flughafenbaus beseitigt werden sollen und dafür ein „Umweltfonds“ eingerichtet werde: Könnte man auf einen Umland-

Euro zurückgreifen, wären 30 Millionen Euro jährlich zu verteilen: „Das wäre eine erhebliche Hilfe“ für die Infrastrukturleistungen der Kommunen.

Die Marzlinger Spange bezeichnete der Freisinger CSU-Fraktionssprecher als „nicht vertretbaren Eingriff in die Natur und Umwelt“, zumal für die Schienenanbindung des Flughafens Alternativen – auch für Nieder- und Ostbayern – vorhanden seien. *sda*